

Bundestagswahl 2017; Anfrage an die Bewerber der Parteien

Halten Sie den Ausbau der Stromnetze in der geplanten Form für einzig richtig oder welche Alternativen bestehen aus Ihrer Sicht dazu?

Hans Michelbach, CSU

Ich bin ein entschiedener Gegner neuer Trassenführungen durch unseren Wahlkreis und habe gegenüber der Bundesnetzagentur sowie dem von der SPD geführten Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in der Vergangenheit stets klar Stellung bezogen. Wir haben mit der Thüringer Strombrücke bereits einen immensen Anteil zur Energiewende geleistet. Dies wollte ich auch den zuständigen Ministern Gabriel (SPD) und Zypries (SPD) vor Ort zeigen. Leider haben diese keinen Besuch eingerichtet. Ich werbe für eine dezentrale Energieversorgung aus vielen einzelnen Einheiten, welche letztendlich die erforderliche Netzstabilität gewährleisten. Mit dem Zubau der erneuerbaren Energien steigt auch der Bedarf an Flexibilitätsoptionen im Stromnetz. Wir müssen deswegen an der Speichertechnologie weiter arbeiten und hier schnell Ergebnisse erzielen. Energiespeicher können den mit den erneuerbaren Energien einhergehenden Flexibilitätsbedarf kurzfristig und dezentral decken. In Kombination mit dem bereits erfolgten Netzausbau, flexiblen Kraftwerken, Lastmanagement und weiteren Technologien werden wir mit dezentraler Energie Erfolge erzielen.

Dr. Doris Aschenbrenner, SPD

Der Landkreis Coburg ist bereits durch verschiedene Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Thüringer Strombrücke) stark belastet und kann nicht nochmal belastet werden. Daher stellen weder P44 noch P44 mod. stellen ernst zu nehmende Lösungen dar. Die Netzverstärkungen im 380kV-Netz müssen im großräumig, überregionalen Kontext über andere Alternativ-Trassen realisiert werden.

Michael Eckstein, Die Grünen

Die Anpassung des deutschen Stromnetzes an die Erfordernisse der Energiewende ist notwendig. Allerdings nicht in dem Umfang, wie es der gegenwärtig gültige Netzentwicklungsplan vorgibt! Wir steuern auf einen völlig überdimensionierten Netzausbau zu, weil für wenige Jahre das wachsende Angebot von Strom aus Wind- und Fotovoltaikanlagen zusammen mit dem Strom aus Kohlekraftwerken und noch laufenden Atomkraftwerken durch die Leitungen muss. Die konventionelle Energiewirtschaft hält mit politischer Unterstützung an ihren alten Kraftwerken fest, die mit ihrer Leistung den Zugang von klimafreundlich produziertem Strom erschweren. Der dezentrale Zubau erneuerbarer und klimaschonender Energieerzeugungsanlagen muss mit einem konsequenten Rückbau der umweltbelastenden Kohlekraftwerke und gefährlichen Atomkraftwerke einher gehen, hocheffiziente und schnell regulierbare Gaskraftwerke als Reservekraftwerke müssen gebaut bzw. erhalten werden. Zusammen mit wirksamen Maßnahmen zur Energieeinsparung und effizienteren Nutzung von Strom lässt das den Bedarf an neuen Trassen merklich schrumpfen.

René Hähnlein, Die Linke

Bundestagskandidat René Hähnlein gab für „DIE LINKE“ folgende allgemeine Stellungnahme ab:

DIE LINKE und ich als Bundestagskandidat und ggf. zukünftiger Bundestagsabgeordneter werden alles dafür tun, dass diese unnötigen Stromtrassen unserem Coburger Land erspart bleiben. Nur Die Linke hat im Bundestag den Netzentwicklungsplan und damit diese 380-kV-Stromleitungen durch Oberfranken abgelehnt! Im Zuge der Klimakrise müssen wir schnellstens neben den AKW auch Kohlekraftwerke abschalten. Regenerative Energien (Wind, Solar, Bio, Wasser, Geothermie) sind forciert zu entwickeln und als dezentrale Energieversorgung aufzubauen. Dezentral bedeutet, dass alle jeweils regional existenten Möglichkeiten forciert ausgebaut und durch Investitionen in Netztechnik intelligent verwaltet und transportiert werden. Die 380 kV-Leitungen sind reine Transportleitungen, die durch erhöhte Netzentgelte auch noch durch uns Oberfranken bezahlt werden. Bis zur ausreichenden Entwicklung dezentraler Energieerzeugung kann Peakstrom aus dem europäischen Energieverbund eingekauft werden, besonders die Überschüsse aus Wasserkraft von Österreich bieten sich hier an. Sofern dennoch neue Transportleitungen bei uns notwendig sind, müssen diese wo immer möglich unterirdisch verlegt werden.

Alexander Arnold, FDP

Bundestagskandidat Alexander Arnold gab für die FDP folgende allgemeine Stellungnahme ab:

Nachdem man beschlossen hat, vom Atomstrom Abstand zu nehmen und die erneuerbaren Energien auszubauen, ist es notwendig, vor allem den durch Windkraft erzeugten Strom vom Norden in den Süden zu transportieren. Deshalb dürfte die geplante 380-kV-Trasse wohl nicht vermeidbar sein, um die Versorgungssicherheit im Stromnetz in ganz Deutschland aufrechtzuerhalten. Trotzdem ist es unerfreulich, dass neben der A 73 und der ICE-Neubaustrecke noch ein Großprojekt unsere Landschaft zerschneiden wird. In diesem Bereich ist die Natur- und Kulturlandschaft auch so schon stark beeinträchtigt. Aber irgendwo muss die Trasse gebaut werden. Die Frage ist, ob im Coburger Land oder anderswo. Dabei sollte aber auf jeden Fall geprüft werden, ob die Trasse in der Nähe von besiedelten oder landschaftlich wertvollen Gebieten nicht unterirdisch (trotz Mehrkosten) verlegt werden kann.

Christoph Raabs, ÖDP

Nein, ich halte den Ausbau in der geplanten Form nicht nur für unnötig, sondern für schädlich im Sinne der Energiewende. Die neuen, überdimensionierten Leitungen würden einen Weiterbetrieb der Kohlekraftwerke auf Jahre hinaus erst ermöglichen und wirtschaftlich machen. Damit würde der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst. Was wir unbedingt brauchen, damit die Energiewende gelingen kann, sind Energiespeicher, dezentral und in allen denkbaren Varianten. Zur Markteinführung dieser Speichertechnologien bedarf es eines Förderprogrammes, in das u.a. die Mittel eingestellt werden könnten, die durch den dann nicht mehr erfolgenden Leitungsneubau eingespart werden würden.

Martin Böhm, AfD

Bundestagskandidat Martin Böhm gab für die AfD folgende allgemeine Stellungnahme ab:

Eine Neuordnung des Energiemix kann nicht über Nacht mittels Federstrich geschehen. Beim spontanen Entscheid zum vorzeitigen Atomausstieg hat Merkel nicht nur als Politikerin sondern auch als Physikerin versagt. Im Zentrum des Denkens muss die Absicherung der Grundlastfähigkeit stehen. Diese ist heute mit Sonne und Wind noch nicht darstellbar, da es keine Speicherkapazität dazu gibt. In der Folge müssen fossile Kraftwerke, meist im Leerlauf, vorgehalten und von uns finanziert werden, die der Versorgungssicherheit dienen. Der zweite Schritt wurde vor dem Ersten getan. In der Folge leiden Bürger unter Hochspannungstrassen, die in einigen Jahren nicht mehr benötigt werden, und unter unanständigen Strompreisen. Anstelle von Nordseestrom muss die dezentrale Wasserstoffherzeugung aus Sonne und Wind und deren Rückspeisung ins Netz sowie Geothermie im Mittelpunkt von Forschung und Investition stehen. Bei einem schlüssigen Konzept hätten die Bürger einige Jahre Atomstrom als Übergang akzeptiert.